Wie unregierbar ist Italien?

Vortrag Cusanus-Akademie am 16. 4. 2015

Über 15 Jahre lang habe ich mit eher mäßigem Erfolg versucht, ausländischen Zeitungslesern die Wirrnisse italienischer Politik näherzubringen - eine schwierige Aufgabe. Denn deren zahlreiche Anomalien sind so makroskopisch und vielfach unerklärbar, deren Labyrinth so undurchsichtig, daß einem politischen Normalverbraucher die nötige Vorstellungskraft dafür abgeht - und vielfach auch die Lust, sich mit diesem meist undurchsichtigen Chaos auseinanderzusetzen. So ist es etwa nur in Italien möglich, daß einer wie Giulio Andreotti siebenmal das Amt des Regierungschefs bekleidet, 21 mal jenes eines Ministers, sechsmal das eines Staatssekretärs, fast 70 Jahre im Parlament verbringt und mit 86 noch für das Amt des Senatspräsidenten kandidiert, nachdem 27 parlamentarische Untersuchungsausschüsse dem devoten Vatikan-Intimus nichts anhaben konnten. Durch Jahrzehnte lag Italiens Politik in den Händen einer Gerontokratie, deren politische Langlebigkeit fast surreal anmutet und deren Namen regelmäßig aus der Versenkung auftauchen, wenn - wie vor wenigen Monaten - ein neuer Staatspräsident gewählt wird. Es sind Namen wie Romano Prodi, Giuliano Amato, Pier Ferdinando Casini, Massimo Dalema, Pier Luigi Bersani, Politiker, deren Karrieren endlos scheinen, obwohl sie bereits in Zeiten des Kalten Krieges begonnen haben. Als etwa 1978 Johannes Paul I zum kurzlebigen Papst gewählt wurde und in Österreich noch Bruno Kreisky regierte, war Romano Prodi bereits Minister im vierten Kabinett Andreotti. Als 1983 Margaret Thatcher auf den Falkland-Inseln den britischen Sieg über die argentinischen Invasoren feierte, amtierte Giuliano Amato als Staatssekretär in der Regierung von Bettino Craxi. Als 1990 der Zerfall der Sowjetunion das Ende des Kalten Kriegses besiegelte, saß Pier Luigi Bersani bereits als Abgeordneter im Regionalrat der Emilia-Romagna. Als John Lennon 1980 vor seinem Haus in New York ermordet wurde, war der Christdemokrat Pier Ferdinando Casini bereits im Gemeinderat seiner Heimatstadt Bologna.

1956 billigte Giorgio Napolitano als Abgeordneter der KPI den sowjetischen Einmarsch in Ungarn. Gut sechzig Jahre nach seinem Einzug ins Parlament kehrte er nun als Senator auf Lebenszeit zurück. Sein Nachfolger Sergio Mattarella war 1987 Unterrichtsminister im sechsten Kabinett Andreottis, als der DDR-Staatsratsvorsitzende Erich Honecker seinen ersten Besuch in der BRD antrat.

Der institutionelle Wahn

Politik ist in Italien nicht die Kunst des Möglichen, sondern die, auch das Unvorstellbare möglich werden zu lassen. Wie soll man einem ausländischen Leser glaubhaft verdeutlichen, daß ein Parlament über zwei Wochen außerstande ist, einen Staatspräsidenten zu wählen und einen 87-jährigen wie Giorgio Napolitano zu einer zweiten Amtszeit verdammt? Während in Deutschland eine breite Mehrheit von den Grünen bis zur CDU mit Joachim Gauck einen engagierten Vertreter der Zivilgesellschaft ins höchste Staatsamt wählte, scheint das in Italien unmöglich. Denn dort hängt die Politik an traditionsreichen, aber längst sinnentleerten Vorstellungen wie jener der Würde der Institutionen oder der personalitá istituzionale.

Obwohl das Vertrauen der Bürger in Institutionen wie Kammer und Senat längst einen Tiefpunkt erreicht hat, gehört institutionelles Theater zum Pflichtrepertoir römischer Politik. Als am 3. Februar Sergio Mattarella als Staatsoberhaupt angelobt wurde, stürzte die römische Innenstadt in ein Verkehrchaos. Dutzende Buslinilien mußten umgeleitet und zahlreiche Straßen gesperrt werden, damit der Staatspräsident in Begleitung berittener Kürassiere und der Motorradstaffel der Carabinieri vom Quirinalspalast in die Abgeordnetenkammer fahren konnte, während die frecce tricolori grünweißrote Streifen in den regnerischen Himmel zogen. 27 Mal wurde Mattarella vom rituellen Applaus der Parlamentarier unterbrochen, nicht zuletzt von denen, die zuvor kräftig versucht hatten, ihm ein Bein zu stellen. Anachronistische Zeremonien dieser Art dienten schon immer dazu, das tägliche Intrigenspiel der Politik zu kaschieren. Der Theater-Effekt und das Bühnenspiel nehmen in der römischen Politik seit Jahren einen festen Platz ein. Ist Italien, wie der in Venedig lebende FAZ-Journalist Dirk Schümer behauptet, ein Land ohne Zukunft? Ein Land, in dem das Fest vorbei und das Buffet leergeräumt ist? In dem die Straßen kaputt, die Schulen mies sind, die Universitäten überfüllt, die Krankenhäuser marode, dafür aber die Rathäuser und Fakultäten voller hochbezahlter Beamter und Berater, Assessoren und Taschenträger ". Ist das eine Analyse, die wir teilen können?

Italien - ein reformfeindliches Land

Die Frage, ob dieses politisch und moralisch weitgehend marode Italien überhaupt reformierbar ist, mußte bisher eher mit Nein beantwortet werden. Seit mehreren Jahrzehnten hat sich in Italien praktisch nichts bewegt. Ein erstarrtes Land, dem Silvio Berlusconi eine liberale Revolution versprochen hatte und in dem die Regierungen wechselten, ohne daß etwas Nennenswertes passierte. Ohne zu reagieren schlitterte das Land in die schwerste Krise seiner Geschichte. Während die Zahl der Arbeitslosen eine neue Rekordhöhe erreichte, schoben sich Rechte und Linke nach bewährtem Muster gegenseitig die Schuld zu. Die Ursache der Misere ist in meinen Augen klar: Italien ist ein zutiefst reformfeindliches Land, in dem mächtige Lobbys in- und außerhalb des Parlaments über Jahre jeden Reformversuch erstickt oder ausgehöhlt haben. Ein Musterbeispiel dafür war das bescheidene Reformpaket Bersanis, das die parafarmacie einführte, den Mindesttarif der Anwälte kippte und

Friseuren auch am Montag die Arbeit gestattete. Nach bewährtem Muster liefen Anwälte und Apotheker Sturm gegen die harmlose Liberalisierung und reagierten mit Streiks, bis ein Teil der Maßnahmen zurückgezogen wurden.

Das Nachkriegsitalien hat das korporative System der Berufsvertretungen praktisch unbesehen aus dem Faschismus übernommen. Die mächtigen Kammern der Anwälte, Ärzte, Journalisten, Architekten verfolgten das vorrangige Ziel, sich gegen unliebsame Konkurenz abzuschotten. Erst nach mehreren energischen Interventionen Brüssels gab die Anwaltskammer ihre Versuche auf, Kollegen aus anderen EU-Staaten die Ausübung ihres Berufes in Italien zu erschweren. Nach dem jüngsten - ebenfalls bescheidenen Liberalisierungspaket der Regierung Renzi gingen erneut Apotheker und Notare auf die Barrikaden. Letztere wehrten sich dagegen, daß man Garagen oder Kleinbauten mit einem Wert unter 100.000 Euro auch ohne ihren Segen verkaufen kann. Die massivsten Widerstände gegen die überfällige Erneuerung Italiens aber waren bis vor kurzem dort zu verzeichnen, wo diese eigentlich beschlossen werden sollte - im Parlament.

Das ineffiziente Parlament

Italien verfügt über das größte, teuerste und ineffizienteste Parlament Europas. Ein Parlament, das jährlich eineinhalb Milliarden Euro verschlingt und in dem die Verabschiedung eines Gesetzes durchschnittlich 294 Tage dauert - in Spanien sind es zum Vergleich 163. Ein Parlament, dessen fast 1000 Mitglieder ihre Arbeit am Dienstagnachmittag beginnen und am Donnerstagabend wieder beenden und dafür 13.000 Euro monatlich verdienen. Ein Parlament mit byzantinischer Geschäftsordnung, in dem der Dauerstreit zwischen verfeindeten Fraktionen mit Mitteln ausgetragen wird, die in anderen EU-Parlamenten unvorstellbar sind. In dem etwa der ehemalige Lega-Minister Roberto Calderoli mit breitem Grinsen in Begleitung von zwei Mitarbeitern rund ein Dutzend riesige Pakete in den Senat rollt, die 44.000 Abänderungsanträge zum neuen Wahlgesetz enthalten. In dem die Fünfsterne-Bewegung die Debatte mit Sprechchören unterbricht oder aufs Dach des ehrwürdigen Palazzo Montecitorio klettert. In dem Wurfgeschosse gegen die Präsidenten geschleudert und Raufereien angezettelt werden. Zu den Besonderheiten der italienischen Politik gehört die unerschütterliche Überzeugung der jeweiligen Opposition, ein Vetorecht gegenüber der Mehrheit zu besitzen und dieses mit allen erlaubten und unerlaubten Mitteln durchzusetzen. Denn Italien ist eine Demokratie, in der die Diktatur der Minderheiten auf eine lange Tradition zurückblicken kann. Über Jahrzehnte hat sich das Land stets den Exzessen und Kapriolen kleiner Minderheiten gefügt oder sie sogar mit Sympathie begleitet.

Die Diktatur der Minderheiten

Häufig blockierten Frächter und Fluglotsen den Verkehr, um ihre Forderungen durchzusetzen. In den Stadien des Landes geben militante Tifosi den Ton an und können sogar den Abbruch der Spiele erzwingen. Mehrmals blieb Italiens

berühmteste Ausgrabungsstätte Pompeij wegen einer Gewerkschaftsversammlung geschlossen, mehrere tausend ausländische Besucher mußten unverrichteter Dinge abziehen. Vor einigen Monaten hat Riccardo Muti sein Amt als Dirigent der römischen Oper niedergelegt. Er war nicht weiter bereit, sich den seit Jahren bekannten Exzessen mehrerer Kleingewerkschaften zu beugen, die Aufführungen platzen ließen und Tourneen boykottierten. In zahlreichen Städten können Sprayer ungestraft Hausfassaden und Denkmäler verunzieren. Gut in Erinnerung sind uns die zahlreichen wilden Streiks von Piloten, Flugbegleitern, Busfahrern und Lokführern und die Blockaden der Forconi. Streikende Stahlarbeiter aus Terni konnten letzthin ungestraft die Autobahn Florenz-Rom blockieren. Warum sollte es also verwundern, wenn auch im Parlament Minderheiten die Arbeiten mit allen erlaubten und unerlaubten Mitteln zu blockieren versuchen? Diesem Mißstand liegt eines der Grundübel Italiens zugrunde: die sattsam bekannte Allergie vieler Italiener gegen die Einhaltung von Regeln. Daß man in Rom sein Auto in zweiter Reihe parkt und absperrt, ist eine alltägliche Praxis. Häufig wird die Einhaltung gemeinsamer Regeln durch eine staatliche oder regionale Autorität nicht garantiert. Das wiederum fördert die weit verbreitete Überzeugung, daß Gesetze dazu da sind, umgangen zu werden, nach dem bekannten Motto Fatta la legge si trova l'inganno.

Absurde Gesetzgebung

Die Gesetzgebung stellt die eigentliche Achillesferse der italienischen Politik dar. Während Großbritannien mit 3000 Gesetzen auskommt, sind es Italien über 100.000, darunter etliche königliche Dekrete aus der Zeit des Faschismus. Die Gesetzwütigkeit kennt keine Grenzen. In der vergangenen Legislatur wurden 8277 Gesetzentwürfe eingereicht, 767 davon genehmigt. Italiens Gesetze sind meistens nicht nur unorganische Flickwerke, miserabel geschrieben und für Normalbürger unverständlich, sondern sie bergen eine weitere Tücke, die es anderen Ländern nicht gibt. Um in Kraft zu treten, benötigt jedes Gesetz entsprechende Durchführungsbestimmungen. Nach seinem Amtsantritt mußte Matteo Renzi feststellen, daß für die von seinen Vorgängern Mario Monti und Enrico Letta erlassenen Gesetze fast 900 Durchführungsbestimmungen fehlten. Für einen Teil war die Frist bereits verfallen. Über drei Jahre nach Montis Rücktritt sind über ein Viertel seiner Gesetze noch nicht in Kraft, von jenen Lettas weit über ein Drittel. Trotz des steten Drängens der Regierung fehlen nach einem Jahr noch immer fast 300. Renzis Versuch, die Kompetenz für diese Durchführungsbestimmungen an die Regierung zu übertragen, scheiterte am Widerstand der dafür zuständigen Ministerialbürokraten, in deren Hand es liegt, mißliebige Gesetze auszuhöhlen. Dazu versendet das zuständige Ministerium einfach ein Rundschreiben, in dem ein neues Gesetz interpretiert und gleichzeitig entschärft wird.

Die mächtige ragioneria della stato, die jedem Gesetz die obligatorische imbollinatura verpassen muß und die Rechtsämter der Ministerien sind ein Staat im Staate, an dem sich Minister häufig die Zähne ausbeißen. Die einfußreichen Abteilungsdirektoren

der Ministerien gingen soweit, dem von der Regierung beauftragten Sparkommissar Carlo Cottarelli einfach die Unterlagen zu verweigern. Der jüngste Skandal im Bautenministerium, der zum Rücktritt von Minister Maurizio Lupi führte, beleuchtete eindrücklich die Machtfülle dieser Figuren. Der wegen Korruption verhaftete Abteilungsdirektor Ercole Incalza überlebte sieben Regierungen, war mächtiger als sein Minister und Herr über ein Bauvolumen von jährlich 25 Milliarden.

Grundübel Korruption

Und damit sind wir beim Krebsübel Italiens angelangt: der allgegenwärtigen Korruption, die das Land nach Schätzungen 70 Milliarden Euro pro Jahr kostet. In der Korruptionsstatistik von transparency international liegt Italien mit Griechenland, Bulgarien und Rumänien am letzten Platz der EU-Länder - gleichauf mit Senegal und Swaziland. Und meilenweit entfernt von Staaten wie Finnland, Norwegen oder Neuseeland, in denen Korruption nahezu unbekannt ist. Keine Affäre der letzten Jahre demonstriert das Ausmaß dieses Übels so anschaulich wie der jüngste Skandal in Rom.

Wo, wenn nicht hier, am geschichtsträchtigen Schauplatz von Verschwörungen, Machtspielen und Intrigen, konnte diese Geschichte spielen: zwei vorbestrafte Schwerverbrecher mit ihrem mafiaähnlichen Kartell kassieren Dutzende Millionen Euro von der Stadt und ölen das von ihnen geschaffene System mit üppigen Schmiergeldern. Wie so oft in Italien mischt sich die Realität mit Reminiszenzen aus Fellinis Cincittá-Filmen. Der Ex-Terrorist und Gangster Massimo Carminati, der bei einer Schießerei mit der Polizei ein Auge verlor und der Mörder Salvatore Buzzi umgarnten Politiker aus dem rechten und linken Lager ebenso wie skrupellose Unternehmer, Manager und Stadtverwalter. Die Liste ihrer Vergehen läßt keine Wünsche offen: Erpressung, Unterschlagung, Geldwäsche, Korruption, Wucher, Betrug, Manipulation von Wettbewerben und Bauaufträgen - alles mit akribischer Buchführung über die bezahlten Summen. Bizarr genug, daß dieser Mafia-Sumpf in dem zwei Jahre vorher erschienenen Kriminalroman Suburra von Giancarlo De Cataldo und Carlo Bonini detailliert beschrieben wird.

Der römische Bürgermeister Ignazio Marino bekämpft Illegalität, so gut er kann. Und soweit das in einer korruptionsverseuchten Stadt möglich ist. Es ist freilich ein Kampf gegen Windmühlen. Denn Italiens Hauptstadt ist seit Jahren ein Hort ausufernder Mißwirtschaft. Die Kapitale ächzt unter einem riesigen Schuldenberg und ist vom Bankrott bedroht. Auf den Gehaltslisten der Stadt stehen unfaßbare 62.000 Personen - gut das Doppelte des größten italienischen Autokonzerns Fiat.

Die Republik der Wendehälse

Das Versagen der Politik spiegelt sich in einem Parteienkarussell, das sich immer schneller dreht und eine Identifizierung des Bürgers mit einer politischen Vertretung erschwert oder verunmöglicht. Über Jahrzehnte dominierte im Parlament eine Handvoll Parteien, alle voran die Kommunisten und die im politischen Erdbeben der

mani pulite untergegangene Democrazia Cristiana. Zur letzten Wahl traten italienweit 234 Parteien an - vom Movimento Bunga Bunga bis zur Bürgerliste Io non voto. Sie sind das besorgniserrende Spiegelbild einer übergeschnappten Politik, von der sich die Bürger zunehmend abwenden und deren jüngstes Alarmsignal die Wahlbeteiligung von 37 Prozent in der Emilia-Romagna darstellt, einer Region, die in Sachen Bürgerbeteiligung auf eine solide Tradition zurückblicken kann. Eine der großen Anomalien der italienischen Politik sind die voltagabbana, die Wendehälse. Ihr Rekordhalter ist Pietro Mastranzo, dem im Gemeinderat von Neapel das Kunststück gelang, in einer Legislatur gleich achtmal Partei zu wechseln. Francesco Rutelli hat das auf seinem langen Marsch von der Radikalen Partei bis zur katholischen Margherita immerhin fünfmal geschafft. Seit der letzten Wahl haben in Kammer und Senat 186 Parlamentarier die Partei gewechselt, einige davon bis zu vier Mal. Damit haben sie das Wahlergebnis gründlich verfälscht und neue Mehrheiten geschaffen. Die Abspaltung von Angelino Alfanos neuer Mitterechts-Partei hat Forza Italia erheblich geschwächt und dem Partito Democratico unverhofft einen neuen Koalitionspartner beschert. Die Fünfsterne-Bewegung, der eigentliche Sieger der Wahl, hat durch Ausschluß oder Austritt bereits 35 Parlamentarier verloren - die Stärke einer mittleren Fraktion. Eindeutiger Gewinner dieser Bewegungen ist der Partito Democratico, in dessen Reihen die Überläufer aus der linksalternativen Liste Sel ebenso landeten wie jene aus Mario Montis regelrecht implodierter Partei Scelta Civica. Fast vervierfacht hat sich die gemischte Fraktion in der Kammer. Das Ausmaß dieses Phänomens, in anderen EU-Parlamenten nahezu unbekannt, ist beunruhigend, weil es die in Italien ohnedies prekäre politische Stabilität ernsthaft gefährdet. Die Zahl der Überläufer hat nach nur zwei Jahren jene der gesamten vergangenen Legislatur bereits übertroffen und wird sich bis zu den kommenden Wahlen weiter erhöhen.

Renzi - der Turboreformer

Mit dem Einzug von Matteo Renzi in den römischen Chigi-Palast wurden die Italiener Zeugen bemerkenswerter Veränderungen. Ein 39-jähriger Regierungschef präsentiert erstmals in der Geschichte des Landes ein paritätisch aus Frauen und Männern zusammengesetztes Kabinett mit dem niedrigsten Durchschnittsalter der Geschichte. Seine Regierungserklärung hält der forsche Premierminister erstmals ohne Manuskript - fast ein Sakrileg. Es ist offenkundig, daß Renzi, der seinen Vorgänger Enrico Letta kurz vorher unsanft vom Thron gestoßen hatte, nicht zu den anwesenden Senatoren spricht, sondern zu den Millionen Fernsehzuschauern, die seine Rede zuhause verfolgen. Für den Verschrotter und Turboreformer war es ein Auftritt nach Maß, bei dem er das Versagen der Politik gegenüber den Bürgern geißelte und umfangreiche Änderungen versprach - von der Reform des Arbeitsmarkts bis hin zur Abschaffung des Senats. Die von ihm ausgiebig gesäten Hoffnungen brachten Renzi nur drei Monate später die erhofften Früchte. Bei der Europawahl errang der Partito Democratico mit über 40 Prozent einen deutlichen Erfolg Sieg. Die Fünfsterne-Bewegung , die an ihrem Triumph keine Zweifel

gelassen hattte, mußte sich mit der Hälfte der Stimmen begnügen.

Doch das Ergebnis machte den Partito Democratico zwar zur stärksten Fraktion im Europaparlament, änderte aber nichts an Renzis eigentlicher Schwachstelle: der Wackelmehrheit im Senat, die jede Abstimmung zur Zitterpartie macht und damit zum Spielfeld jener Parlamentarier, die eine weitere Anomalie italienischer Politik darstellen: der franchi tiratori, jener Heckenschützen also, die geheime Abstimmungen nützen, um der eigenen Partei in den Rücken zu fallen. Als Konrad Adenauer 1949 mit einer einzigen Stimme - seiner eigenen- zum Bundeskanzler gewählt und gefragt wurde, wie er Deutschland mit einer so hauchdünnen Mehrheit regieren wolle, antwortete er "Eine Stimme reicht".

Zweikammernsystem

Auf Italien trifft das Gegenteil zu. Dort reicht eine Stimme nie und selbst eine Mehrheit von zehn Stimmen erweist sich häufig als zu wenig. Daran scheiterte bereits die Regierung Prodi. Und auch Renzi kann wegen der unsichere Mehrheit im Senat sein versprochenes Reformtempo nicht einhalten und muß oft in langwierigen Verhandlungen Zugeständnisse und Kompromisse eingehen, die zur Verwässerung von Gesetzen führen. Dabei hat er nicht nur die oft aufsässige Opposition gegen sich, sondern auch den linken Flügel des Partito Democratico, der sich fast zu einer eigenen Partei formiert hat, Forderungen stellt und bei Nichterfüllung mit Gegenstimme droht.

Unter diesen Bedingungen gleicht die Regierungstätigkeit Renzis im Parlament einem Blindflug mit ungewissem Ausgang. Italien verfügt bekanntlich über das einzige Parlament Europas, in dem jedes Gesetz von zwei Kammern genehmigt werden muß. Eine Verfassungsreform wie jene zur Abschaffung des Senats durchs Parlament zu bringen, gleicht einer Sisyphusarbeit. Denn beim doppelten Votum in Kammer und Senat mit Hunderten Abstimmungen genügt eine einzige Änderung und das Reformpaket muß zurück in die jeweils andere Kammer. Alle Anläufe, dieses zeit- und geldaufwendige Doppelverfahren abzuschaffen, sind im Dickicht des Parteiengezänks und der Paragraphenreiterei gescheitert. Genau 32 Jahre sind vergangen, seit der liberale Senator Aldo Bozzi zum Präsidenten der Parlamentskommission zur Verfassungsreform gewählt wurde. Bozzi ist längst gestorben und auch alle weiteren Kommissionen wie jene unter Massimo Dalema sind gescheitert. Im Klartext: in über drei Jahrzehnten war das Parlament außerstande, die Verfassung zu ändern - ein Armutszeugnis für die Parteien, denen die eigenen Interessen stets näher waren als jene Bürger.

Die Produktivität des italienischen Parlaments folglich ist miserabel. Der Südtiroler Senator Francesco Palermo hat mehrmals mit treffender Ironie die Leerläufe in Kammer und Senat beschrieben, die nutzlosen Debatten der Dauerredner, die öde Langeweile. Gescheitert sind auch alle Anläufe, im Parlament die Fünftage-Woche einzuführen. Das kann nicht verwundern. Denn in Kammer und Senat sitzen eine Menge Freiberufler, vor allem Anwälte, die den Job des Volksvertreters als Zweitberuf ansehen. Silvio Berlusconi etwa war im Seant bei über 99 Prozent aller Sitzungen abwesend. Se il parlamento chiudesse per sei mesi, la popolazione non se ne accorgerebbe", mit diesem drastischen Satz verweist der ehemalige Außenminister Piero Fassino auf den dringenden Reformbedarf der Volksvertretung. Darüber gibt es freilich keinen Konsens. Notorisches Parteiengezänk prägt alle Debatten in Kammer und Senat. In den Regionalparlamenten sieht die Lage kaum besser aus.

Skandale in den Regionen

Nicht nur das: über Jahre waren wir daran gewöhnt, die Autonomie der Regionen als heilsames Gegengewicht zur Trägheit des Zentralstaates zu sehen - bis eine schier endlose Kette von Skandalen unsere Illusionen gründlich zerstörte. Als die linke Regierung von Giuliano Amato 2001 mit einer umstrittenen Verfassungsreform die Autonomie der Regionen einführte, wurde die Dezentralisierung als positiver Schritt in Richtung Föderalismus gefeiert. Doch die Skandalserie beweist, daß in den folgenden Jahren nichts so gründlich dezentralisiert wurde wie Korruption und Misswirtschaft.

Begonnen hat die verhängnisvolle Serie 2012 in Latium, wo zahlreiche Abgeordnete um den bulligen Fraktionschef Franco Fiorito Millionensummen für private Zwecke mißbrauchten. Sogar der Fraktionssprecher der Partei Italia dei Valori, die unter der Führung von Ex-Staatsanwalt Antonio Di Pietro zur Moralisierung Italiens angetreten war, wurde verhaftet. Er hatte eine Million aus der Parteikasse zweckentfremdet und 100.000 Euro beim Glücksspiel verloren. Doch die Affäre war nur der Auftakt einer haarsträbenden Skandalserie, über die u.a. die Regionalregierungen der Lombardei, Latiums, Piemonts und Sardiniens stürzten. Der piemontesische Präsident und selbsternannte Lega-Saubermann Roberto Cota mußte ebenso zurücktreten wie sein mächtiger lombardischer Kollege Roberto Formigoni. Die Hälfte von dessen Regierungskollegen hatte Ermittlungsverfahren am Hals, sein Wohnbaureferent Domenico Zamboni hatte sich von der Ndrangheta kaufen lassen. All das hinderte den Vorzeigekatholiken Formigoni nicht daran, sich nur wenige Wochen später in den Senat wählen zu lassen. Gegen fast 500 Regionalratsabgeordnete laufen indessen Ermittlungs- oder Gerichtsverfahren wegen Amtsmißbrauch, Veruntreuung öffentlicher Gelder, Korruption und Betrug. Viele sind bereits verurteilt.

Angesichts dieser Zustände war es wohl nur eine Frage der Zeit, bis die Skandallawine auch die selbsternannte Modellprovinz Südtirol erreichte. Der Sel-Skandal und die Affäre um die Pensions-Vorauszahlungen waren ein klares Indiz für die Unbekümmertheit, mit der Politiker aller Couleurs mit Macht und Geld umgingen. Wir sind eine vermeintliche Musterprovinz, in der es der SVP gelungen ist, einen Schuldenberg von fünf Millionen anzuhäufen und in einem Jahr ein Viertel ihrer Mitglieder zu verlieren. Eine Provinz, in der die größte Bank in der Bilanz ein Loch von 220 Millionen aufweist und das Missmanagement bei den EU-Fonds Millionenverluste zur Folge hat. Christoph Franceschinis lesenswertes Buch über den SEL-Skandal schildert Südtirol in einem detailreichen Sittenbild als Selbstbedienungsladen einer unverfrorenen Clique, in der die traditionelle Freunderlwirtschaft mafiöse Züge annimmt, in dem Journalisten bedroht und Beamte, die sich nicht fügen, massiv unter Druck gesetzt werden.

Daß angesichts der wachsenden Zahl von Skandalen in Italien das Parlament über zwei Jahre benötigte, um ein Antikorruptionsgesetz zu verabschieden, zeigt die Lustlosigkeit der Politik bei der Bekämpfung der Mißstände. Warum sollte auch Silvio Berlusconi Interesse daran haben, die von ihm abgeschaffte Bilanzfälschung wieder ins Strafgesetzbuch aufzunehmen?

Ein-Mann-Parteien

Nicht nur bei diesem Thema stehen sich Forza Italia und die Fünfsterne-Bewegung unversöhnlich gegenüber. Und dennoch votierte die Bewegung zusammen mit Berlusconi gegen das Gesetz, weil darin nicht alle ihre Forderungen berücksichtigt wurden. Eine schizophrene politische Strategie. Denn seit die Demokratie existiert, müssen Parteien, die über keine Mehrheit verfügen, Allianzen oder Kompromisse eingehen. Das ist schwierig in einem Parteiensystem, dessen Vertreter sich vielfach nicht als politische Gegner, sondern als zu bekämpfende Feinde begreifen. In dem die Fünfsterne-Bewegung Matteo Renzi mit Mussolini vergleicht und Beppe Grillo die Nobelpreisträgerin Rita Levi Montalcini als alte Hure beschimpft. Ein System, in dem die täglichen Talkshows als Arena für plumpen Populismus und persönliche Attacken dienen. Es ist eine krasse Anomalie, daß die vier großen Populisten, die diese Szene beherrschen, nicht dem Parlament angehören. Das ist freilich nicht die einzige Gemeinsamkeit, die die verfeindeten Protagonisten Matteo Renzi, Silvio Berlusconi, Beppe Grillo und Matteo Salvini eint. Alle vier werden von einem überdurchschnittlichen Ego angetrieben, alle vier stehen gerne alleine im Rampenlicht, alle vier verabscheuen Dissidenten in den eigenen Reihen und führen ihre Parteien mit autoritärem Gehabe. Alle vier begreifen sich als Heilsbringer, preisen sich als Retter der Nation an und nützen das Fernsehen ausgiebig zur Verbreitung ihrer populistischen Rezepte. Alle vier treffen wesentliche Entscheidungen allein und sorgen damit für interne Turbulenzen in ihren Parteien.

Kann die Rebellion in Forza Italia erstaunen, wenn ein Monarch wie Berlusconi nur auf einige jüngere Frauen in seinem engen Umfeld hört? Kann die Aufregung darüber verwundern, daß Salvini ohne Parteitag die föderalistische Lega Nord in eine ultrarechte nationale Partei verwandelt, die auch bei den bisher beschimpften Süditalienern um Stimmen wirbt? Muß uns der Frust in der Fünfsterne-Bewegung erstaunen, wenn ein Selbsternannter wie Beppe Grillo über die Köpfe seiner Parlamentarier hinweg über Nacht ein fünfköpfiges Leitunsgremium aud Hörigen einsetzt? Kann uns der Widerstand im Partito Democratico gegen Matteo Renzis Versuch überraschen, auf Biegen und Brechen ein neues Wahlrecht durchzusetzen, in dem die meisten Kandidaten nicht mehr vom Bürger gewählt, sondern von der Partei ernannt werden? Es sind Ein-Mann-Parteien, die Italiens Politik zunehmend bestimmen. Das neue Wahlrecht Italicum ist ein Paradebeispiel für diesen Stil der Willkür. In keinem EU-Staat ist das Wahlrecht, das teilweise bis ins 19. Jahrhundert zurückreicht, ein Diskussionsthema. In allen Ländern ist klar, daß Änderungen der Spielregeln mit möglichst großer Mehrheit beschlossen werden müssen. Nicht so in Italien, wo das neue Wahlrecht praktisch die Direktwahl des Regierungschefs vorsieht und von einer einzigen Partei durchgedrückt wird, in der sich eine erhebliche Minderheit dagegen sperrt. Konfrontation statt Dialog ist ein politischer Stil, der im Parlament zu einer weiteren Anomalie geführt hat: die Hälfte aller Gesetz werden unter Renzi mit Vertrauensabstimmungen durchgedrückt.

Politik nach dem Franchising-System

In wenigen Wochen sind in sieben Regionen und über 1000 Gemeinden fast 17 Millionen Italiener zur Wahl aufgerufen. Um die Auflösungserscheinungen der traditionellen Parteien zu analysieren, genügt ein Blick auf das unglaubliche Chaos der verwirrenden Allianzen und Intrigenspiele dieser Tage. Politik nach dem franchising-System. So tritt Im Veneto der Lega-Vertreter Flavio Tosi gegen den amtierenden Lega-Präsidenten Luca Zaia an. In Ligurien hat der Abgeordnete Luca Pastorino vom linken Flügel des Partito Democratico sogar sein Parlamentsmandat niedergelegt, um den Sieg seiner Parteikollegin Raffaella Paita zu verhindern. In Kampanien gewann mit Vincenzo De Luca ein Kandidat die Vorwahlen des Partito Democratico, der nicht das Vertrauen der römischen Parteiführung genießt. Völliges Chaos herrscht in Apulien, wo Forza Italia mit zwei konkurrierenden Listen antritt. Der Partito Democratico hat in drei Regionen ein Bündnis mit Nichi Vendolas SEL geschlossen, in vier sind sie Konkurrenten. In zunehmendem Maße scheren sich regionale Fürsten um die römische Parteiführung und ihre Regeln. Ihnen geht es um Machtpositionen und Postenverteilung. Das irrtierende Spiel der Allianzen wirft ein Schlaglicht auf die zunehmernde Balkanisierung der italienischen Politik und ihrer Parteien, deren Mitgliederzahl im Vergleich zur ersten Republik um 1,5 Millionen abgenommen hat. Die Kassen vieler Parteien sind zudem leer. Die Lega Nord ist bankrott, hat ihre 71 Bediensteten gekündigt und die Parteizeitung La

Padania geschlossen. Forza Italia überlebt seit Jahren nur mit den Bankgarantien Berlusconis, der bisher 110 Millionen in seine Partei gepumpt hat. Die Sitze werden zunehmend geschlossen, viele Bediensteten befinden sich in der Lohnausgleichkasse.

Günstige Voraussetzungen für Reformen

Was tun mit einem Land, in dem fast die Hälfte aller Bewohner ein Einkommen unter 15.000 Euro erklärt und jeder dritte öffentliche Bauauftrag unrechtmäßig vergeben wird? In dem das Gesamtvolumen der Steuerhinterziehung auf jährlich 150 Milliarden geschätzt wird. Einem Land, dessen Sozialprodukt in sieben Jahren um neun Punkte gesunken ist - ungefähr wie in einem Krieg. Trotz dieser schier aussichtslosen Lage war die Chance einer Tendenzwende nie größer als jetzt, wo der gesunkene Eurokurs, der verbilligte Ölpreis, die Nullzinsen auf Staatspapiere und die sich abzeichnende wirtschaftliche Erholung eine günstige Ausgangslage bieten. Die Mailänder Börse ist erstmals seit 2008 wieder auf den Stand vor dem folgenschweren Lehmann-Bankrott geklettert. Renzi muß die Gunst der Stunde nutzen, die Reformen beschleunigen. Die Regierung muß endlich Ausgabenkünrzungen von mindestens 15 Milliarden beschließen.

Vor allem aber muß sie das tun, was keinem Vorgänger gelungen ist: eine radikale Entbürokratisierung der öffentlichen Verwaltung durchziehen, vor allem im Steuerwesen und am Arbeitsmarkt. Vor allem muß Renzi den vor wenigen Tagen publizierten Bericht

des von der Regierung beauftragten Sparkommissars Carlo Cottarelli umsetzen. Dieser

hatte vorgeschlagen, einen Großteil der 8000 öffentlichen Beteiligungsgesellschaften in Italien abzuschaffen. Der neue Bautenminister Graziano Delrio hat den Kurs bereits vorgegeben und eine Reihe unnützer Milliardenprojekte aus der Liste der Grandi opere gestrichen. Anas-Direktor Pietro Ciucci, einen mächtigen Staatsbonzen alter Schule schickte er kurzerhand in den Ruhestand. Nun braucht es Mut zu einschneidenden Veränderungen. Eine Vorstellung, die den Italienern seit eh und je solches Unbehagen betreitet, daß Politiker dafür den dümmlichen Begriff Begriff discontinuitá erfunden haben. Am fatalsten für Renzi wäres es, nach dem Motto zu handeln, das Giuseppe Tomasi di Lampedusa in seinem berühmten Roman Il Gattopardo treffend auf den Punkt gebracht hat: "Es muss sich alles ändern, damit alles so bleibt, wie es ist."